



POSITIONSPAPIER

Standortoffensive Baden-Württemberg 2030

Es gilt den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg zu sichern – Dafür müssen wir das Land von Innovation und Hightech sein, damit moderne Wertschöpfung bei uns entsteht. Gleichzeitig müssen wir Arbeitsplätze, Mittelstand und industrielle Wertschöpfung erhalten. Dabei stehen die Themen Arbeit, Energie, Technologie und Kapital für einen wettbewerbsfähigen Industriestandort im Mittelpunkt. Baden-Württemberg muss wieder zum Land der Investitionen werden.

Die CDU sorgt dafür, dass aus den richtigen Absichtserklärungen im Koalitionsvertrag konkrete Investitionen, Arbeitsplätze und industrielle Wertschöpfung entstehen. Baden-Württemberg darf nicht nur Innovationsstandort sein. Baden-Württemberg muss Produktionsstandort, Investitionsstandort und Wachstumsstandort bleiben.

Unser Ziel ist: Baden-Württemberg muss ein Land bleiben, in dem sich Innovation, Arbeit, industrielle Produktion und private Investitionen lohnen.

1. Flexibilität bei der Arbeitszeit für eine moderne Arbeitswelt

Deutschland braucht mehr Flexibilität bei der Arbeitszeit. Die CDU setzt sich daher für eine moderne Arbeitszeitordnung ein, die nicht mehr primär den einzelnen Arbeitstag, sondern die wöchentliche Arbeitszeit in den Mittelpunkt stellt, wie es im Bundeskoalitionsvertrag vorgesehen ist. Damit entsteht Spielraum für Unternehmen und Beschäftigte, Arbeitszeit stärker an Produktionsabläufen, Auftragsspitzen, persönlichen Bedürfnissen und familiären Anforderungen auszurichten.

Die CDU-Landtagsfraktion fordert die Einführung einer wöchentlichen Höchstarbeitszeit anstelle der starren täglichen Höchstgrenze sowie eine Orientierung an einer 40-Stunden-Woche als regulärer Vollzeitarbeitszeit. Bei einer Ausweitung der vereinbarten Arbeitszeit soll es keine gesetzliche Verpflichtung zu einem automatischen Lohnausgleich geben. Gleichzeitig sollen die Tarifautonomie und die betriebliche Mitbestimmung erhalten bleiben. Flexible Arbeitszeitkonten sowie saisonale und auftragsbezogene Arbeitszeitmodelle sollen erleichtert werden.

2. Mehr Energie statt Deindustrialisierung – Versorgungssicherheit ist Standortpolitik

Insbesondere die bereits genehmigten Kraftwerksprojekte (z. B. Heilbronn sowie Karlsruhe Rheinhafen) müssen schnell realisiert werden. Die EU-Kommission hat Anfang September 2026 der sog. Kraftwerksstrategie und damit der möglichen Bundesförderung von bis zu 35 Mrd. Euro zugestimmt.

Gaskraftwerke sind insbesondere als flexible Absicherung des Stromsystems erforderlich. Gleichzeitig muss von Anfang an darauf geachtet werden, dass neue Anlagen perspektivisch mit klimaneutralen Gasen bzw. Wasserstoff betrieben werden können.

Die CDU-Landtagsfraktion fordert den beschleunigten Bau von erforderlichen Gaskraftwerkskapazitäten und eine konsequente Berücksichtigung der Versorgungssicherheit bei der Energiewende. Bestehende Energieinfrastruktur soll erhalten und intelligent weiterentwickelt werden, ebenso sollen bestehende Kraftwerksstandorte auf ihre Weiterentwicklung geprüft werden. Gleichzeitig sollen die Wasserstoffinfrastruktur und wasserstofffähige Kraftwerke ausgebaut sowie die Nutzung von Kraft-Wärme-Kopplung stärker vorangetrieben werden.

Wettbewerbsfähige Strompreise sollen als industriepolitisches Ziel verfolgt werden. Zudem soll eine Einbindung der bestehenden und zukünftigen Energieinfrastruktur in eine CO₂-Infrastruktur erfolgen und perspektivisch eine Kombination mit CCS/CCU ermöglicht werden.

Dabei gilt: Keine Stilllegung wirtschaftlich relevanter Infrastruktur ohne belastbaren Ersatz für Versorgungssicherheit und industrielle Wertschöpfung.

3. CO₂-Abscheidung ermöglichen – Klimaschutz und industrielle Wettbewerbsfähigkeit zusammendenken

Bei bestimmten industriellen Prozessen lassen sich CO₂-Emissionen nicht oder nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand vermeiden. Dies betrifft insbesondere Zement, Kalk, bestimmte chemische Prozesse und weitere energie- und emissionsintensive Industrien.

Der Koalitionsvertrag eröffnet hier ausdrücklich neue Möglichkeiten. Baden-Württemberg will die Trassenplanung für CO₂-Leitungen unterstützen und von der Länderöffnungsklausel für die Onshore-Speicherung Gebrauch machen. Zudem nennt der Vertrag CCS, CCU, Wasserstoff und

synthetische Kraftstoffe ausdrücklich als wichtige Zukunftstechnologie. Baden-Württemberg soll zu einer Pilotregion für industrielle CO₂-Abscheidung, -Nutzung und -Speicherung werden.

Daher streben wir den Aufbau einer CO₂-Transportinfrastruktur und die schnelle Genehmigung geeigneter Speicherstätten an. Industrielle Pilotprojekte sollen unterstützt und CO₂-Leitungen mit bestehenden Industrieclustern verbunden werden. CO₂ soll dort als Rohstoff genutzt werden, wo dies wirtschaftlich sinnvoll ist, und dort gespeichert werden, wo eine stoffliche Nutzung nicht möglich ist. Zudem soll CCS, CCU mit Kraftwerks-, Chemie-, Zement- und Raffineriestandorten verknüpft werden.

4. Technologieoffenheit für die Automobilindustrie

Die Automobilwirtschaft ist für Baden-Württemberg von herausragender Bedeutung. Die Transformation betrifft nicht nur Hersteller, sondern insbesondere tausende Zulieferer, Maschinenbauer und mittelständische Unternehmen.

Der Koalitionsvertrag bekennt sich zur Technologieoffenheit und nennt neben Elektrifizierung ausdrücklich Wasserstofftechnologien, synthetische Kraftstoffe und andere klimaneutrale Energieträger.

Baden-Württemberg setzt sich auf Bundes- und EU-Ebene für eine technologieoffene Automobilpolitik ein. Dabei sollen unterschiedliche technische Lösungen zum Zug kommen, um die Klimaziele zu erreichen – jeweils dort, wo sie am erfolgreichsten den CO₂-Ausstoß über ihren Lebenszyklus hin reduzieren. Die Politik gibt Ziele vor, der Markt entscheidet, wie sie erreicht werden.

Dazu zählen batterieelektrische Antriebe, Plug-in-Hybridtechnologien, Range Extender-Systeme, Wasserstoff, synthetische Kraftstoffe, klimaneutrale Kraftstoffe sowie hocheffiziente Verbrennungstechnologien für geeignete Anwendungen.

Insbesondere für die baden-württembergische Zulieferindustrie muss verhindert werden, dass politische Regulierung ganze Technologiepfade existenziell schwächt oder vorzeitig entwertet.

Auch die Zukunftstechnologie des autonomen Fahrens soll durch Schaffung von Pilotregionen in Baden-Württemberg weiter gestärkt und damit die Technologieoffenheit und die Innovationskraft der Region unterstrichen werden.

5. Standort Zukunft BW – aus Strukturbrüchen neue Industrieflächen machen

Ein besonders konkreter Ansatz des Koalitionsvertrags ist die angekündigte Förderung zur Reaktivierung brachliegender Gewerbeflächen. Gleichzeitig bekennt sich der Vertrag zu ausreichenden Flächen für Industrie, Handwerk und Gewerbe und gibt dem Erhalt und der Schaffung von Arbeitsplätzen sowie dem gesamtwirtschaftlichen Wachstum bei Planungs- und Entscheidungsprozessen eine klare Priorität.

Wir streben daher an ehemalige Industrie-, Gewerbe- und Kraftwerksstandorte schnell wieder nutzbar zu machen und auch für neue landesbedeutsame Industrie- und Gewerbeflächen zur Verfügung stehen, die die Neuansiedlung und Erweiterung von Zukunftsbranchen ermöglichen.

Wir wollen den Grunderwerb und die notwendigen Erschließungsmaßnahmen fördern. Flankierend zu diesem Unterstützungsansatz müssen auch die Umwidmungen und die Beschleunigung von Genehmigungsverfahren erfolgen.

Besondere Priorität sollten Regionen erhalten, die durch Werksschließungen oder strukturelle Veränderungen besonders stark betroffen sind. Aus einem Strukturwandel darf kein dauerhaftes Brachland werden.

Wenn ein Unternehmen einen Produktionsstandort aufgibt, muss die öffentliche Hand gemeinsam mit Kommunen und Wirtschaft möglichst frühzeitig daran arbeiten, die Fläche für die nächste Generation von Unternehmen vorzubereiten.

6. Invest BW zum echten Standortinstrument ausbauen und Förderlandschaft bündeln

Wir wollen Forschung nicht nur fördern, sondern in Wertschöpfung überführen. Daher wird Invest BW zu einem weiterhin dauerhaft planbaren Standort- und Investitionsprogramm Baden-Württemberg weiterentwickelt.

Schwerpunkte sollen eine verlässliche jährliche Grundaussstattung und mehrjährige Planungssicherheit (strukturelle Förderung) sein. Durch die Förderung sollen Innovationen und zukunftsgerichtete Investitionen u. a. in reale Produktionskapazitäten, Automatisierung und Robotik, Künstliche Intelligenz und Digitalisierung ermöglicht werden. Hinzu kommen beispielsweise Energie- und Ressourceneffizienz, die Transformation industrieller

Wertschöpfung und neue Geschäftsmodelle. Unterstützt werden sollen insbesondere Mittelstand und Zulieferindustrie.

7. ZukunftsFonds BW – Landeskapi tal als Hebel für privates Kapital

Der bereits im Koalitionsvertrag verankerte ZukunftsFonds BW sieht vor, Landeskapi tal mit Private-Banking-Strukturen, regionalen Banken und internationalen Kapitalgebern zu vernetzen. Der Fonds soll privates Kapital hebeln und Gründungen, Skalierung und technologische Wertschöpfung stärken.

Mit dem ZukunftsFonds BW sollen auf Basis der bestehenden Fondsstrukturen verstärkt private Kapitalmittel mobilisiert, die Gründungs- und Wachstumsfinanzierung in Baden-Württemberg weiter verbessert und auf eine breitere Grundlage gestellt werden. Zugleich soll die Förderlandschaft verschlankt, standardisiert und digitalisiert werden.

Deshalb sollte der ZukunftsFonds BW die vielfältigen Finanzierungsanforderungen wachstumsstarker Start-ups und Scale-ups in ihren verschiedenen Entwicklungsphasen abdecken. Mit dem ZukunftsFonds BW sollen zukünftig kapital- und technologieintensive Gründungsvorhaben, in für Baden-Württemberg relevanten Zukunftsfeldern, finanziert werden. Wichtig ist hierbei eine hohe Marktorientierung durch Einbeziehung privater Kapitalgeber, um das aus öffentlichen Mitteln verfügbare Kapital in den kommenden Jahren insgesamt zu multiplizieren.

Der gewünschte Hebeleffekt sollte ausdrücklich zum politischen Ziel werden. Ein Euro öffentliches Kapital soll möglichst ein Mehrfaches an privatem Kapital mobilisieren.

Zudem soll eine geeignete kapitalmarkt- und haushaltsrechtliche Konstruktion zur Nutzung eines geringen Anteils der Pensionsrücklage als weiterer möglicher Finanzierungshebel geprüft werden.

Landesvermögen soll stärker als strategischer Kapitalhebel für Wachstum, Innovation und Hightech eingesetzt werden – ohne die langfristige Sicherung der (Pensions-)Verpflichtungen zu gefährden.